

wesentliche Unterlage des Urtheils bildet, ist es wohl in sehr vielen Fällen nur Zufälligkeiten zuzuschreiben, wenn die Entscheidung das Richtige trifft.

Von jeher erforderte man in juristischen Fragen vom Juristen, „in theologischen Fragen vom Theologen“, in Fragen der Medizin vom Mediziner u. s. w. einen Ausspruch und man behielt auch in Zoll- und Steuerfragen, — wie dies in verschiedenen Gesetzen bis auf die Neuzeit Ausdruck gefunden hat, — der Finanz-Verwaltung die Entscheidung über Fragen dieses letzteren Faches vor, mit anderem Worte: man überließ dem, der das Gesetz gegeben, die Entscheidung über Auslegung dieses seines Gesetzes. Heilsam hat dies, soweit es stattfand, namentlich in Rücksicht auf das einheitliche Verfahren gewirkt; der Zoll- und Steuer-Verein Deutschlands gründete sich zu einer Zeit, wo in anderen Fächern des Staatslebens noch Vieles im Argen und in Uneinigkeit lag, auf dieses Prinzip, er wurde in dieser Beziehung der segensreiche Vorarbeiter der deutschen Einigkeit.

Mag nun ein Jeder, soviel an ihm ist, sein Schärfelein dazu beitragen, um zu verhindern, daß eine solche Säule der Einigkeit, wie wir sie bisher in Zoll- und Steuerfragen besaßen und beziehentlich noch besitzen, nicht umgerissen und durch vielleicht recht wohlgemeinte, aber unzutreffende juristische Entscheidungen — ersetzt (?) werde.

Möge aber auch bald der Tag erscheinen, von wo ab für Reichssteuern — Reichs-Verwaltungs-Gerichte das Richtige wahren.

L.

Ueber Subsidiarhaft.

(Fortsetzung.)

Nachdem an der Zollgesetzgebung vom Jahre 1838 durch das Gesetz vom 18. Mai 1868 einige Abänderungen getroffen, die indeß nur die wesentlichsten Mängel der damaligen Zollgesetzgebung beseitigten, wurde am 11. März 1869 vom Vorsitzenden des Bundesraths der Entwurf eines Vereinszollgesetzes vorgelegt, welcher neben einer materiellen Revision zugleich formell eine neue übersichtliche Codifikation der gesamten Zollgesetzgebung mit Inbegriff des Zollstrafrechts in sich schloß.

Am 1. Juli 1869 erfolgte die Verkündung dieses Gesetzes.

In dieses Zollstrafrecht, d. h. die Strafbestimmungen des Vereinszollgesetzes, und zwar in § 153 sind die Bestimmungen über die subf. Haftbarkeit dritter Personen aus dem Zollstrafgesetz vom 23. Januar 1838, wie ich sie vorhin schon ausgeführt habe, in der Hauptsache übernommen: das V.-Z.-Gesetz enthält indeß infoweit eine Abschwächung des Prinzips, als es die Haftung der zur subf. Vertretung verbindlich erklärten Personen, mit Ausnahme der Eisenbahn-Verwaltungen und Dampfschiffahrtsgesellschaften, auf die Zollgesetze beschränkt, dafern sie nachweisen, daß das Zollvergehen ohne ihr Wissen verübt ist.

Es hat ferner der erwähnte § 153 des V.-Z.-Ges. noch eine Klasse subf. haftbarer Personen, die im Zollstrafgesetz

vom 23. 1. 38 nicht vorgesehen war, erhalten, das sind die oben erwähnten Eisenbahnverwaltungen und Dampfschiffahrtsgesellschaften, die für ihre Angestellten und Bevollmächtigten subf. haften müssen. Denn zur Zeit des Zollstrafgesetzes vom 23. 1. 38 wurde der zoll- und controlepflichtige Waarenverkehr ausschließlich durch Frachtfuhrleute vermittelt, da ein großer Mangel an Eisenbahnverbindungen war und der Dampfschiffsverkehr sich bis dahin sehr gering entwickelt hatte. Erst in den nächsten auf jenes Gesetz folgenden Jahrzehnten bewirkten Eisenbahn und Dampfschiffahrt einen Aufschwung des deutschen Handels und Verkehrs.

Der Staat mußte sich natürlich auch diesen beiden Klassen gegenüber einen Anspruch an dritte Personen schaffen, die ihm im Unvermögensfalle des eigentlich Schuldigen, die verwirkten Strafen, Gefälle u. führten und nahm deshalb diese beiden Klassen mit unter die ev. subf. haftbaren Personen auf.

Es handelt sich also im Vereinszollgesetz vom 1. 7. 69 bei der subf. Vertretungsverbindlichkeit, um dasselbe noch einmal kurz zu recapituliren

- 1) um Handel- und Gewerbetreibende, welche für ihre Diener, Lehrlinge, Gewerbsgehilfen u.,
- 2) um Eisenbahnverwaltungen und Dampfschiffahrtsgesellschaften, die für ihre Angestellten und Bevollmächtigten, und
- 3) um andre nicht zur Handel- und gewerbetreibenden Klasse gehörende Personen, die aber nur für ihre Ehegatten und Kinder subf. haftbar sind.

Die subf. Vertretungsverbindlichkeit dieser 3 Klassen tritt lediglich unter der Voraussetzung ein, daß die Zuwiderhandlung seitens der Verurtheilten bei der Ausführung von Handels-, Gewerbs- und andere Einrichtungen erfolgt sind, welche ihnen von den subf. Verhafteten entweder für den konkreten Fall übertragen oder mittelst eines allgemeinen Auftrags ein für allemal überlassen waren.

Ob diese Voraussetzung zutrifft, bedarf daher in jedem einzelnen Falle der thatsächlichen Feststellung.

Unter Handel- und Gewerbetreibenden nun im Sinne des § 153 bez. cit. sind nicht bloß physische, sondern auch juristische Personen, Handelsfirmen u. zu verstehen und wird daher nicht ausgeschlossen sein, daß auch Ehefrauen für ihre Ehemänner subf. zu haften haben, wenn die Ersteren Inhaberinnen von Handelsfirmen und die Letzteren nur in solchen thätig sind. Abgesehen hiervon aber sind unter dem Namen Ehegatten, im gegenseitigen Verhältniß zwischen Ehemann und Ehefrau lediglich die Ehemänner zu verstehen.

Nach dem D. T. Erk. vom 13. Sept. 1861 bezieht sich die Haftung der Handel- und Gewerbetreibenden nicht bloß auf die im wirklichen Gesindedienst stehenden, sondern auch auf die als Arbeiter vorübergehend beim Betriebe des Handels und Gewerbes beschäftigten Personen.

Die Vertretungsverbindlichkeit dritter Personen beschränkt sich nicht nur auf Defraudations- und Ordnungsstrafen, sondern sie umfaßt auch die Contrebandestrafen.

Der poetische Reichs-Böllner

von Max Schneider, cand. iur. et cam.

(Fortsetzung.)

4. Veredlungsverkehr.

- § 115. Gehen Gegenstände nur zur Verarbeitung, Reparatur zur Vervollkommenung nur ein Um dann wieder auszugehen, können frei vom Zoll sie sein. Ja, es kann dies auch geschehen, Wenn in ganz besondern Fällen Waaren in das Ausland gehen, Vervollkommen dann sich wieder stellen.

5. Grenzverkehr.

- § 116. Im kleinen Grenzverkehre kann Erleichterung angeordnet werden,

Wenn örtliches Bedürfnis man Dazu erkennt bei den Behörden.

6. Strandgüter.

- § 117. Inländisch Strandgut von den Schiffen, Die da zerfällt an Felsenriffen Nachdem sie ausgelaufen, kann Befreit vom Zolle bleiben. Dann, Wenn klipp und klar erwiesen wird, Der Thatbestand, wie vorerlirt.

7. Bedingungen der vorstehenden Erleichterungen — anderweite Zollerlasse aus Billigkeitsrücksichten.

- § 118. Bestimmungen im Allgemeinen Controlen auch, die nöthig scheinen, Beim Eintritt von Erleichterungen Wie wir seeben sie besungen, (§§ 111 bis 117) Verordnet, schreibt vor allein Der Bundesrath vom Zollverein. Derselbe hat auch festzustellen

Ob und mit welchen conditions Sonst als in den erwähnten Fällen: Des Ausgangs von Fabrications-Artikeln bei der Wiederkehr, Oder des Eingangs fremder Sachen Beim Wiederausgang, etwa war Noch weitere concession zu machen, An Zollerlaß aus Billigkeit Zu allgemeiner Freundschaft.

XV. Controlen im Grenzbezirk.

Transportkontrolle.

- § 119. Waaren, so da wo stehn im Verdacht Daß heimlich sie werden ein- oder ausgebracht Unterliegen — so ungern man es auch wolle — Im Grenz-Bezirk einer Transportkontrolle Nach Anordnung oberster Landes-Finanz-Behörde, Damit die Zollabgab' gesichert werde.